

BG-OST-SÜD-Geschäftsführer
Daniel Schwander:

«Jeder Fall wird geprüft.»

Zuerst helfen, dann prüfen

Am 26. März hatte der Bundesrat die Finanzschleusen geöffnet: Mit Überbrückungskrediten stellte er Unternehmen ausreichend Liquidität zur Verfügung, damit sie trotz Corona-bedingten Umsatzeinbussen ihre Fixkosten decken können. Abgewickelt werden die «Coronakredite» über die vier Schweizer Bürgschaftsgenossenschaften. Die grösste davon, die BG OST-SÜD mit Hauptsitz in St.Gallen, wickelte gegen 50 Prozent aller Fälle ab. Im Auge des Sturms: Geschäftsführer Daniel Schwander.

Die vom Bundesrat verabschiedete Verordnung umfasst ein Programm zur Überbrückung von Liquiditätseingängen im Umfang von 40 Milliarden Franken, das bis am 31. Juli läuft. Betroffene Unternehmen können bis dahin Überbrückungskredite im Umfang von höchstens zehn Prozent ihres Jahresumsatzes bis maximal 20 Millionen Franken von ihren Banken beantragen. Es sind dabei nur gewisse Minimalkriterien zu erfüllen; insbesondere muss die Unternehmung erklären, dass sie aufgrund der Corona-Pandemie wesentliche Umsatzeinbussen erleidet.

Bis 20 Millionen quasi über Nacht

Bis zu 500 000 Franken werden Kredite unbürokratisch in-nerter kurzer Frist ausbezahlt und zu 100 Prozent vom Bund abgesichert – mit null Prozent Zins. Überbrückungskredite, die 500 000 Franken übersteigen, werden zu 85 Prozent vom Bund abgesichert; die kreditgebende Bank haftet mit 15 Prozent. «Solche Kredite können bis zu 20 Millionen Franken pro Unternehmen betragen und setzen deshalb eine umfassendere Kreditprüfung seitens der Banken voraus», sagt BG OST-SÜD-Geschäftsführer Daniel Schwander. «Bei diesen Krediten beträgt der Bankenzinssatz 0,5 Prozent.» Seine Bürgschaftsgenossenschaft, die grösste in der Schweiz, wickelte fast die Hälfte aller Gesuche ab. Unternehmen mit mehr als 500 Millionen Franken Umsatz fallen nicht unter dieses Programm; Start-Ups hingegen können einen Überbrückungskredit beantragen, für den der Bund zu 65 und der Kanton zu 35 Prozent bürgt.

«Die Bürgschaftsgenossenschaften bürgen dabei gegenüber den Banken, der Bund bzw. die Kantone figurieren uns gegenüber als ‚Rückversicherer‘», präzisiert Daniel Schwander das System, bei dem das KMU in der Regel seinen Antrag bei der Hausbank stellt – online oder per Post. Diese leitet ihn, sofern er vollständig ausgefüllt ist, zur Verarbeitung an das zentrale Verarbeitungszentrum der Bürgschaftsgenossenschaften (BG OST-SÜD, BG Mitte, Cautionnement romand und BG Saffa (für Frauen)) weiter. Bis 500 000 Franken geschieht dies ohne, darüber mit einem Bürgschaftsvertrag mit der entsprechenden Bank.

Im ersten Fall zahlt die Bank gleichzeitig mit der Weiterleitung des Antrags das Geld an das Unternehmen aus, im zweiten stellt es erst noch einen Kreditvertrag mit dem Unternehmen auf und wartet die Bürgschaftsbestätigung der Bürgschaftsgenossenschaft ab. Hier kann die Auszahlung etwas dauern, allerdings auch nur ein paar wenige Tage. «Oberstes Ziel war ja, schnell zu helfen», sagt Daniel Schwander. Und das hat funktioniert: In der Regel benötigten KMU mit einem Kreditbedarf unter einer halben Million – das waren mit über 124 000 die absolut meisten Anträge, nur gut 500 beliefen sich auf über eine halbe Million – nur etwa eine halbe Stunde, um zu Geld zu kommen. 125 000 Kreditvereinbarungen im Umfang von rund 15 Milliarden wurden so bis Ende Mai abgeschlossen; im Schnitt beantragten die Unternehmen gut 108 000 Franken.

70 000 Gesuche in acht Tagen

War der Ansturm vor allem Ende März/Anfang April gewaltig – alleine in den ersten acht Tagen wurden 70 000 Gesuche gestellt –, hat sich die Kurve nun stark abgeflacht. «Wir wurden vom raschen Handeln des Bundesrats stark gefordert», erinnert sich Daniel Schwander, «und mussten quasi über Nacht das Personal und die Bürofläche verdoppeln.» Das sei aber, dank der Mithilfe von Büroausstattern, Personal-

büros und Vermietern, sehr gut gelungen. Kann es sein, dass bei der vielen Arbeit auch Betrügereien dazwischengeraten? «Das ist nie ganz auszuschliessen», so Schwander. Ging es in der ersten Phase vor allem darum, möglichst schnell und unbürokratisch zu helfen, arbeite man jetzt an der genaueren Überprüfung jedes einzelnen Falles. «Ich bin sicher: Die Bürgschaftsorganisationen, die Banken und die Eidgenössische Finanzkontrolle, werden jeden Betrugsfall aufdecken.» Aktuell sind nur gut 100 Fälle in Abklärung, die den Bürgschaftsgenossenschaften suspekt vorkamen – von 125 000 eingereichten. «Die grosse Mehrheit der Antragsteller handelt korrekt», bilanziert Schwander. «Und die Schwarzen Schafe werden früher oder später entdeckt.» Hier geht er einig mit Bundesrat Maurer, der dazu lapidar meinte: «Wir sitzen am längeren Hebel.» Dabei spiele es gemäss Schwander keine Rolle, ob «nur» 10 000 Franken missbräuchlich bezogen werden oder zehn Millionen: «Jeder Fall wird geprüft.»

125 000 Kreditvereinbarungen im Umfang von rund 15 Milliarden wurden bis Ende Mai abgeschlossen.

Viel mehr Geld als durch versuchte Betrügereien werde gemäss Schwander wohl durch Firmenkurse vernichtet: «Finanzminister Ueli Maurer rechnet mit rund zehn Prozent Ausfällen. Das scheint mir realistisch.» Das wären bei rund 20 Milliarden Franken, die bis Ende Juli wahrscheinlich etwa verteilt werden, zwei Milliarden. «Viel Geld. Doch das Bundesprogramm ist in meinen Augen alternativlos – die Opportunitätskosten, wenn man nichts gemacht hätte, wären mit Sicherheit um ein Vielfaches höher.»

Die meisten Kredite holten Unternehmen aus Zürich ab (16,9%). **St.Gallen** (4,9), **Thurgau** (2,6) und die **beiden Appenzell** (AR: 0,5, AI 0,1%) rangieren weit dahinter. Bei den Branchen schwingt der Handel mit 19,9% obenauf, gefolgt von wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (Landwirtschaft, Beratung, Prüfung, Werbung, Architektur, F&E etc. 12,4), Bau (12,1) und Gastgewerbe (12,0%). Die «Mikrounternehmen» (bis 9 Angestellte) beanspruchten bis Ende Mai 82,2% aller Kredite, kleine (bis 49) 14,8, mittlere (bis 249) 2,6 und grosse Unternehmen 0,3%.

Im Kanton St.Gallen laufen Ende Mai **sechs Strafverfahren wegen Coronabetrugs**. In den meisten Fällen handle es sich gemäss Beatrice Giger, Mediensprecherin der St.Galler Staatsanwaltschaft, um Anzeigen wegen falscher Umsatzangaben: Mit erhöhten Umsatzangaben versuchten Firmen, zu mehr Kredit als den zulässigen zehn Prozent eines Jahresumsatzes zu kommen. Solche Unregelmässigkeiten werden von den Banken der Meldestelle für Geldwäscherei MROS gemeldet, diese wiederum macht Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die Deliktsumme bewegt sich zwischen 30 000 und 145 000 Franken pro Fall.

Text: Stephan Ziegler
Bilder: Marlies Thurnheer